

Hanauer Anzeiger vom 03.01.2015



Die Mitglieder der Freien Wähler während ihrer Klausurtagung (von links): Herbert Bien, Alena Lochner, Carsten Kauck, Christian Clauß, Alexander Happ, Jürgen Heim und Heinz Breitenbach.
Foto: Privat

Freie Wähler kritisieren Finanzausgleich

Kreistagsfraktion hält in Birstein Klausurtagung ab

Main-Kinzig-Kreis (pm/how). Auf der Klausurtagung der Fraktion der Freien Wähler im Kreistag des Main-Kinzig-Kreises zum Abschluss des Jahres nahm die Auseinandersetzung mit dem von der Landesregierung geplanten kommunalen Finanzausgleich breiten Raum ein und stand im Mittelpunkt der Diskussion.

Dabei kritisierte der Fraktionsvorsitzende Jürgen Heim besonders, dass die Gesamtsumme, die das Land für den Finanzausgleich 2016 zur Verfügung zu stellen beabsichtige, nahezu unverändert geblieben sei und nur anders verteilt werde. Das Finanzministerium habe erklärt, es habe lediglich ungefähr vier Milliarden Euro zur Verfügung. Mehr könne wegen der beschlossenen Schuldenbremse nicht ausgegeben werden.

Die Freien Wähler sind überzeugt, dass mit dieser Aussage die Bedarfsermittlung für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen von vornherein auf tönernen Füßen stehe, heißt es in einer Pressemitteilung der Partei. Der finanzpolitische Sprecher der Freien Wähler, Heinz Breitenbach, wurde hier schnell deutlich: „Das Land hat das Pferd von hinten aufgezäumt, vom Ergebnis her gerechnet und nach Möglichkeiten gesucht, den Bedarf der Kommunen herunterzubrechen. Eine besonders bittere Pille für den Main-Kinzig-Kreis ist dabei, dass die Landkreise mit Sonderstatusstädten durch die nur 71-prozentige Berücksichtigung der Einwohner der Sonderstatusstädte und weitere diskriminierende Maßnahmen gleich mehrfach benachteiligt werden.“

Damit werde, so Breitenbach und Heim, der schwarze Peter in vielerlei Hinsicht zu den Kommunen durchgereicht. So sei es Tatsache, dass in den allermeisten Städten und Gemeinden auf Grund der flächendeckenden Unterfinanzierung noch nicht einmal die Pflichtaufgaben, die die Kommunen von Bund und Land übernehmen müssen, zu finanzieren seien. Auch müssten viele Parlamente die Grund- und Gewerbesteuern auf breiter Front erhöhen,

um den Vorgaben der Landesregierung gerecht zu werden.

Und schließlich sollen nach Plänen des Finanzministers Städte und Gemeinden mit hohen Steuereinnahmen andere Kommunen finanziell unterstützen, weil das Land seiner Pflicht nicht nachkomme, diese Aufgabe selbst zu erfüllen. Gleichzeitig appelliere die Landesregierung in fast zynischer Weise an die „Solidarität innerhalb der kommunalen Familie“. Heim und Breitenbach: „Der Solidaritätsappell ist durchsichtig. Mit dem kommunalen Finanzausgleich wird versucht, die Kommunen gegeneinander auszuspielen.“

Flächendeckend in Hessen habe es daher über alle Parteigrenzen hinweg Kritik an der Neuberechnung des Finanzausgleiches. Der Demografiebeauftragte der Freien Wähler, Carsten Kauck, und Herbert Bien, Mitglied des Kreisausschusses, berichteten über zum Teil „fatale“ Auswirkungen der Pläne des Finanzministers auf die Selbstverwaltung in einzelnen Kommunen. So hätten viele Gemeindevertreter in Jossgrund aus Protest gegen den kommunalen Finanzausgleich und die Vorgaben des Landes, die zu massiven Erhöhungen bei der Grund- und Gewerbesteuer führen würden, sich darauf verständigt, ihr Mandat in der Gemeindevertretung zunächst bis zum 31. März 2015 ruhen zu lassen. Die Freien Wähler waren sich einig, dass es gelte, dieser sich durch die Neuregelung des kommunalen Finanzausgleich abzeichnenden Gefahr einer Entsolidarisierung innerhalb der kommunalen Familie mit allen Mitteln entgegen zu treten. „Kreis und die kreisangehörigen Kommunen stehen zueinander in einem engen partnerschaftlichen Verhältnis. Wir fühlen uns als Kreistagsabgeordnete auch als Anwälte der Bürger in den Städten und Gemeinden. Eine mancherorts ins Gerede gebrachte Erhöhung der Kreis- oder der Schulumlage wird es deshalb mit den Freien Wählern im Main-Kinzig-Kreis nicht geben“, so Breitenbach, Heim und Kauck abschließend.